

Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 26

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 10.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

tersagt. Die Meldefrist für ausländische Devisen (ebenso für Gold und Platin) beträgt lediglich drei Tage. Die Strafen für Verletzung dieser Vorschriften umfassen bis zu fünf Jahren Freiheitsentzug, im Falle von erwerbsmässiger Uebertretung kann die Strafe auf zehn Jahre Gefängnis lauten. Auch die geringsten Vergehen gegen die Devisenwirtschaft sollen mit Freiheitsentzug bis zu zwei Jahren geahndet werden. Wo aber das begangene Devisendelikt die Volkswirtschaft «auf schwerwiegende Art gefährdet» (was man darunter zu verstehen hat, ist nicht angegeben), kann die Strafe bis auf 15 Jahre erhöht werden.

In Ungarn stellte die politische Polizei (AVH) seinerzeit gegen missliebige Bürger, gegen die nichts Konkretes vorlag, gemeinste Devisenfallen auf. Sie verbarg bei einer Untersuchung fremdes Geld in der Wohnung, um es bei der nächsten Gelegenheit «zu finden». Ein Fall ist bekannt, wo ein Wohnungsinhaber nach einem AVH-Besuch eine Dollarnote in den Seiten seines Klaviers fand und sie verbrannte. Der Beamte des Sicherheitsdienstes durchwühlte später die ganze Wohnung, gab schliesslich sein Vorgehen zu und flehte, die Note beizubringen, da er sonst ins Gefängnis kommen würde. Ein Beispiel dafür, dass in diesem System auch die Henker zu den Opfern gehörten.

Etwas weniger scharf (Höchststrafe bei erschwerenden Umständen zehn Jahre) verfolgt die Tschechoslowakei die Uebertreter der Devisenvorschriften. Aber die grundlegende Härte ist gleich wie in Ungarn und kann in sämtlichen Volksdemokratien festgestellt werden.

Das letzte Strafgesetzbuch der Russischen Republik (RSFSR) vom letzten Herbst, das unterdessen auf Dekretsweg zum Teil bereits wieder abgelöst wurde, lässt die Verletzung der «Vorschriften der Valutenwirtschaft» und die «Spekulation mit ausländischem Geld oder Wertpapieren» mit Freiheitsentziehung von drei bis acht Jahren bestrafen. Im kürzlichen Valutaschieberprozess von Moskau lauteten allerdings die Strafen auf 15 Jahre, da der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets in Kraft getreten ist, der Wirtschaftsvergehen stärker verfolgt.

Die Buchbesprechung

Schweizer Monatshefte

für Politik, Wirtschaft, Kultur. Zürich.

Wir benützen die Veröffentlichung einer Sondernummer über «Afrika im Umbruch», um auf diese wichtige und von Fritz Rieter, Dietrich Schindler und Daniel Bodmer hervorragend redigierte Monatszeitschrift hinzuweisen. Die politische Entwicklung Afrikas, das Verhältnis dieses Kontinents zur Aussenwelt sowie afrikanische Probleme werden von berufenen Autoren behandelt. Der Beitrag von Léopold Sédar Senghor, Staatspräsident von Senegal, über den Nationalismus und die Zukunft der farbigen Völker, darf besonders Interesse beanspruchen.

In den Schweizer Monatsheften kommt eine aufgeschlossene, weltweite Einstellung zu den Problemen unserer Zeit zum Ausdruck. Die Auseinandersetzung zwischen Freiheit und Totalitarismus erfährt gebührende Beachtung und kompetente Bearbeitung.

Wir freuen uns, dass der Verlag unserer Bitte entsprechen konnte und den Abonnenten unserer Zeitung ein Vorzugsabonnement anbietet. Die Monatshefte helfen mit, jene Kenntnisse zu vermitteln, auf deren Grundlage allein die richtigen Entscheidungen erfaßt werden können.

	UdSSR	USA
 BAUMWOLLEGEWEBE	3,5	-1,4
 WOLLGEWEBE	7,3	-1,7
 LEDERSCHUHE	8,4	1,9
 KRISTALLZUCKER	9,2	3,3

Produktion

Sowjetunion Ungesättigt

Als drittes Beispiel der lehrreichen «Lebensstandard-Graphik» (siehe KB Nrn. 22 und 25) der «Sowjetskaja Torgowlja» bringen wir eine Zeichnung, welche die «prozentuale Produktionszunahme der einzelnen Warengattungen in der UdSSR und in den USA in der Zeit von 1954 bis 1960 im Jahresdurchschnitt» vergleicht.

Die Darstellung ist für die sowjetische Präsentation solcher Zahlen unter drei Aspekten besonders typisch: 1. Der Vergleich bezieht sich auf die Vereinigten Staaten, nach wie vor wirtschaftlicher «Komplexgegner» Nummer Eins der Sowjetunion. 2. Er wird auf der beliebten und vorteilhaft aussehenden Prozentbasis durchgeführt (KB Nrn. 17 und 25). 3. Er berücksichtigt nur wenige, ausgewählte Güter, die zur Einschätzung der gesamten Konsumgütererzeugung einen interessanten Beitrag, nicht aber ein genügendes Bild darstellen.

Aber selbst wenn man die ausgesuchten Voraussetzungen und Beispiele unbesehen gelten liesse und die Frage des Bevölkerungszuwachses ebenso wenig der Erwähnung wert fände wie die sowjetische Zeitung könnte man aus der Gegenüberstellung keinesfalls auf einen sowjetischen Triumph schliessen. Eine amerikanische Zeitung hätte die genau gleichen Angaben publizieren können, als willkommenen Beweis dafür, dass in den USA der Markt von Verbrauchswaren gesättigt sei, in der Sowjetunion dagegen die Bedürfnisse noch lange nicht gedeckt seien. Selbstverständlich ergäbe sich diese den Tatsachen weitgehend entsprechende Darlegung auch nicht aus der reproduzierten Zeichnung. Vielmehr ist es so, dass diese überhaupt nichts aussagt, solange sie nicht mit dem Bedarf in Zusammenhang gebracht wird. Denn dieser hat im Unterschied zur Schwerindustrie einen Plafond (der Amerikaner ist wie auch der Schweizer bereits mehr Zucker als seinen Zähnen gut tut), der hohen Lebensstandard bedeutet.

Eine Einschränkung zu dieser Regel besteht dort, wo die Konsumgüter zum Export gehören. Und wenn dies auch noch berücksichtigt wird, so fällt der Vergleich des Lebensstandards noch klarer zugunsten der USA aus, die Konsumgüter einführen, während die Sowjetunion ausführt, das heisst einen Teil der Mehrerzeugung nicht der eigenen Bevölkerung zukommen lässt. Wenn sich also irgend etwas aus der Darstellung herauslesen lässt, so das, dass Amerika beim angestrebten Vergleich günstiger abschneidet. Die «Sowjetskaja Torgowlja» begnügte sich allerdings mit dem Ergebnis, dass in der UdSSR-Kolonnie die grösseren Zahlen stehen als in der amerikanischen. Der Bluff ist hier noch ersichtlicher als in den beiden vorhergehenden Beispielen unserer kleinen «Statistik-Lektionen»: er beruht auf einer Gegenüberstellung, die für sich allein genommen überhaupt nichts aussagt. Freilich lohnt es sich insofern, als er nicht nur im Osten zu häufig für bare Münze genommen wird. (Eine Randbemerkung noch zum Artikel «Lederschuhe»: In der Sowjetunion trägt man noch weitgehend Filz- oder Holzschuhwerk, sogar Schuhe mit einem Oberteil von Sackmaterial und mit einer Autogummi-Sohle; daher die Präzisierung. Das denkbar günstigste Beispiel also für gesättigten und ungesättigten Markt.) Um die tatsächliche Lage zu repetieren: Nicht nur ist die Verbrauchsgütererzeugung in der Sowjetunion nach wie vor ungenügend, sie wird auch nach wie vor als Stiefkind behandelt. Ein besseres offizielles Zeugnis dafür hätte man sich kaum wünschen können als dasjenige Chruschtschews in seiner Rede vom 12. Mai zum 40. Jahrestag der kommunistischen Machtübernahme in Georgien:

«Die Produktion der Schwerindustrie wächst in steigendem Tempo. Die Produktion von Konsumgütern hat zugenommen.» Dieser feine Unterschied in der Formulierung umfasst den entscheidenden Unterschied zwischen einer freien und einer diktatorisch gelenkten Produktion.

In London ist ein Verkaufsladen für sowjetische Verbrauchsgüter, das erste Unternehmen dieser Art in Grossbritannien, eröffnet worden. Angeboten werden unter anderem Spielzeuge, Parfüms, Toilettenartikel, Kameras und Weine, welche man an einer Imbissbar beziehen kann. Bei der Eröffnung erklärte Reginald Maudling, Präsident der Handelskammer: «So wie wir die russische Initiative hier willkommen heissen, so hoffen wir, dass die sowjetischen Behörden entsprechende britische Schritte unterstützen werden, britische Produkte direkt der sowjetischen Bevölkerung zugänglich zu machen.»

Aussenhandel

Mit Faschisten

Während die Sowjetunion in ihrer Publizität keine Gelegenheit versäumt, den «spanischen Faschismus» zu brandmarken, weiten sich die Handelsbeziehungen Moskau-Madrid — obwohl keine entsprechenden diplomatischen Beziehungen bestehen — unter beidseitigem Stillschweigen immer weiter aus.

Der letzte Abschluss, der kürzlich bekannt geworden ist, betraf den Austausch von 40 000 Tonnen synthetischer Fasern und Gewebe aus Spanien. Der Wert der so-

wjetischen Einfuhr wird zu Weltmarktpreisen auf ungefähr drei Millionen Franken geschätzt. Der Handel zwischen diesen offiziell beziehungslosen rechts- und links-extremen Mächten wird über Dritte geführt. Agent für die letzte Transaktion soll der Handelskonzern Latino Maris (mit einem erheblichen Anteil belgischen Kapitals) gewesen sein.

Das spanische Aussenhandelsvolumen mit der Sowjetunion soll sich jetzt auf 70 000 000 Franken Einfuhr und über 40 000 000 Franken Ausfuhr pro Jahr belaufen. Im Verhältnis zum spanischen Gesamtimport im Werte von nahezu dreieinhalb Milliarden Franken jährlich ist das wohl wenig. Wichtig ist aber die seit zwei Jahren stetig steigende Tendenz, die darauf hinweist, dass beide Mächte ihre gegenseitigen Absatzmärkte auszubauen suchen.

Chruschtschews praktische Handelspolitik ist ebenso bereit, mit der «faschistischen Franco-Diktatur» zu paktieren wie mit Verwoerds Apartheid-Politik. Als Südafrika seiner Rassendiskriminierung wegen aus dem Commonwealth ausgeschlossen wurde, erfolgten prompt erhöhte Handelsanfragen aus dem Ostblock (siehe KB Nr. 21). Unter Diktatoren weiss man um den Unterschied zwischen dialektischer Befehdung und handelspolitischer Förderung. Immerhin gibt es zwischen den Diktaturen Unterschiede, unter anderem in der Gefahr für die übrige Welt. Diese wird heute kaum von Franco oder Verwoerd, die auf dem abgesägten Ast sitzen, bedroht. Wohl aber von ihrem heimlichen Handelskumpan.

Politik

Tschechoslowakei Neue Behörden und neue Leute

Die kritische Lage in der tschechoslowakischen Landwirtschaft und in weiteren Wirtschaftssektoren bestimmter geographischer Gebiete hat zu personellen Umbildungen in der Regierung und zur Schaffung neuer Behörden geführt, was eine neue Zentralisierungstendenz erkennen lässt.

Seit Jahresbeginn (siehe KB Nr. 4 und später) hat sich die Unzufriedenheit der Partei mit dem gesamten Agrarwesen und mit bestimmten Industrien immer verstärkt gezeigt. Parteisekretär und Staatschef Novotny hat jetzt zur Bekräftigung seiner mehrfachen Forderungen zu Massnahmen gegriffen. Diese stellen zum Teil einen direkten Widerruf einer kaum ein Jahr alten Politik dar. Die Schaffung neuer Kontrollorgane mit zentralistischen Befugnissen «empfahl» Novotny anlässlich der Sitzung des Zentralkomitees der KPC vom 21./22. Juni, wobei die Mitglieder, wie «Rude Pravo» berichtete, allen seinen Vorschlägen zustimmte.

Zunächst wird ein «Regierungskomitee zur Lenkung der Nationalausschüsse» errichtet, um «deren Tätigkeit zu verbessern und richtig zu kontrollieren». Diese Nationalausschüsse (örtliche Behörden) in den Landwirtschaftsgebieten hatten erst im letzten Sommer im Zuge einer Verwaltungsreorganisation grössere Kompetenzen erhalten. Aber diese Gewährung grösserer Autonomie hat sich offenbar als Fehlschlag

erwiesen, denn Novotny fuhr mit diesen lokalen Organen ausserordentlich scharf ins Gericht. Unter anderem warf er ihnen sinnlose Bürokratie, schlechte Planung, noch schlechtere Planerfüllung und Missachtung der Staatsdisziplin vor. Auch begründete der KP-Sekretär die Notwendigkeit seiner neuen Behörde folgendermassen: «Die Regierung muss die Aktivität der Nationalausschüsse verbessern, denn bei der unfassbaren Menge an Meldungen und Aufstellungen kann man von einem Nachweis über die Richtigkeit der Angaben und einer effektiven Kontrolle nicht sprechen.

Das zweite neugeschaffene Organ führte Novotny folgendermassen ein: «Um die Kontrolle und die Lenkung zu vervollkommen ist es notwendig, auch ein Zentralfürs für staatliche Kontrolle und Statistik zu errichten.» Also die Kontrollbehörde zum Kontrollorgan. Dabei besteht erst noch ein «Ministerium für staatliche Kontrolle» von früher her, aber die KP scheut keine Schaffung neuer Ämter in ihrem Kampf gegen die Bürokratie. Die aufzustellende Zentralstelle wird der «Fe-

stigung des demokratischen Zentralismus» dienen, d.h. dem Parteizentralismus. Im übrigen unterzog Novotny bei dieser Gelegenheit den gesamten Staatsapparat, von den Ministerien angefangen bis zu den Zentralkomitees, einer ausführlichen Kritik.

Dass diese ernst gemeint war, wurde wenig später ersichtlich, als grössere Umstellungen in der Regierung bekannt wurden. Von einer «Säuberung» lässt sich allerdings nicht gut sprechen, als die Posten eher umbesetzt als neubesetzt wurden. Immerhin kam es zu einigen Rückversetzungen in der Parteihierarchie. So wurde Oldrich Cernik, nach wie vor Minister für Energiewirtschaft, «seiner Pflichten im Sekretariat des Zentralkomitees entbunden».

Die hauptsächlichste Veränderung betrifft die Ablösung von Innenminister Rudolf Barak (siehe Curriculum), zu dessen Nachfolger der bisherige Landwirtschaftsminister Lubomir Strougal ernannt wurde. Doch bleibt Barak weiterhin Mitglied des Politbüros der Partei und stellvertretender Ministerpräsident, während Strougal aus dem ZK der KP ausscheidet. Auf den

Drei Gebiete im Süden des Karibischen Raumes

Britisch Guayana

Britische Kronkolonie von einem Gouverneur verwaltet. Eine neue Verfassung, welche die innere Autonomie gewährleistet, tritt im August dieses Jahres in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt finden auch die neuen Parlamentswahlen statt. Die volle Souveränität ist für spätestens 1963 vorgesehen.

Die zurzeit noch gültige Verfassung, die ein legislatives Organ aus zwei Kammern und einen Exekutivrat (Vorstufe zur Regierung) vorsah, stammt aus dem Jahre 1956. Bei den Wahlen von 1957 triumphtierte die People's Progressive Party unter ihrem linksgerichteten Führer Cheddi Jagan (KB Nr. 24) der als prokommunistisch gilt.

Einwohner: 560 000 (1960).

Hauptstadt: Georgetown (120 000 Einwohner).

Wirtschaft: Unterentwickelt. Grosse Dschungelgebiete. Die Bodenschätze (Gold,

Diamanten, Mangan, Bauxit) werden noch nicht genügend ausgebeutet.

Export: Vor allem Zucker, dann Holz, Bauxit, Reis.

Niederländisch Guayana

oder Surinam. Seit 1954 mit den Niederländischen Antillen ein autonomer Teil des niederländischen Königreiches mit völliger Selbstverwaltung, gleichberechtigt mit dem Mutterland. Die Krone ist durch einen Gouverneur vertreten, der auch Regierungschef ist.

Einwohner: 262 000.

Hauptstadt: Paramaribo (110 000 Einw.). Wirtschaft: Bauxit wird in grossen Mengen gefördert und stellt auch den wichtigsten Exportartikel dar. Weitere Exportgüter: Südfrüchte, Reis, Kaffee und Holz (wegen seiner Qualität begehrt).

Französisch Guayana

Französisches Uebersee-Departement. Ist in Paris mit einem Senator und einem Abgeordneten der Nationalversammlung vertreten. Verwaltung durch einen Gouverneur und einen Generalrat mit 16 gewählten Mitgliedern. Einwohner: 28 000.

Hauptstadt: Cayenne (13 500 Einwohner).

Wirtschaft: Bei den riesigen Wäldern im sonst spärlich angebauten Land spielt die Holzverarbeitung eine grosse Rolle. Angepflanzt wird Getreide, Reis, Kakao, Bananen und Zucker.

Goldbergwerke spielen eine beträchtliche Rolle. Export: Holz und Holzprodukte, Kakao, Bananen, Gold.



kritischen Posten des Landwirtschaftsministeriums wurde Vratislav Krutina berufen, bisher vollamtlicher Sekretär im Zentralkomitee, der schon als Landwirtschaftsexperte der Partei galt, der bereits vom Oktober 1955 bis Juni 1956 das Landwirtschaftsministerium leitete. Ob die Tatsache, dass seine offiziellen Auslandsbesuche zu den «dogmatischen» Staaten China, Albanien und (wenigstens nach Titos Version) Bulgarien führten, als Zeichen eines verschärften antirevisionistischen Kurses zu werten ist, lässt sich wohl nicht direkt nachweisen, doch sprechen noch andere Indizien in Richtung auf eine solche Auslegung. (Curriculum Krutinas in einer späteren Nummer.)

Weitere Umbesetzungen betrafen verschiedene Posten von binnenwirtschaftlicher Bedeutung. Im lokalen Rahmen wurde bezeichnenderweise mit Drahomir Kolder ein neuer KP-Sekretär für das Bezirkskomitee von Ostrava (Mährisch Ostrau) bestimmt. Dieses Bergbaugebiet war bereits seit einiger Zeit wegen ständiger Produktionsmängel, Nichterfüllung der Pläne und Mangel an Arbeitskräften ausführlich zur Diskussion gestanden.

Wie Chruschtschew gegen den Persönlichkeitskult um Stalin vorgeht (um ihn durch einen aktuelleren Persönlichkeitskult zu ersetzen), so lässt Novotny neuerdings seinen Präsidentschaftsvorgänger Zapotocky (gestorben 1957) auf dosierte Weise (langsam gesteigerte Kritik an verschiedenen Aspekten seiner Politik) in Misskredit bringen. Es wäre ja auch unerhört, wenn eine Tendenz in Moskau nicht bald ihre Entsprechung in der CSSR finden würde.

Die Tschechoslowakei bestätigt ihre Rolle als Mustersatellit zuweilen auf Gebieten, wo man die Notwendigkeit der Gefolgschaft weniger leicht einsieht. Aus einer Zusammenstellung der «Nova Svoboda» ergibt sich, dass letztes Jahr an den 650 000 Fernsehapparaten des Landes 1,3 Millionen Reparaturen ausgeführt werden mussten. Erst kürzlich war in Moskau bekannt geworden, dass es auf jeden Empfänger in der Russischen Republik jährlich zwei Reparaturen trifft (siehe Karrikatur KB Nr. 25).

Gewerkschaften

Afrika

Reaktion gegen die KP

Die schon halbwegs von den Kommunisten überspielten afrikanischen Gewerkschaften lehnen sich gegen den Führungsanspruch der kommunistischen Minorität auf, die sich taktisch geschickt auf dem Forum der afrikanischen Arbeiterschaft breit gemacht hatte.

Verschiedene Gewerkschaftsbewegungen des Kontinentes erwägen die Einberufung einer Konferenz, um die Entwicklung eines wirklich repräsentativen Verbandes zu besprechen, in dem alle afrikanischen Gewerkschaftler zu Worte kommen sollen. Dies ist als Reaktion auf die Casablanca-Konferenz (25. bis 30. Mai) aufzufassen, in welcher kommunistische Tarnorganisationen eine Reihe von Massnahmen durchsetzten, welche von der Masse der afrikanischen Gewerkschaftsmitglieder keineswegs gebilligt wurden.

Die Tagung von Casablanca, wo der Gesamtafrikanische Gewerkschaftsbund (All-

African Trade Union Federation = AATUF) ins Leben gerufen wurde, war vom kommunistisch orientierten Weltgewerkschaftsbund (siehe Untersuchung KB Nr. 24) dominiert worden. Er hatte bei den auf Grund einer KP-Minoritätsselektion ausgesuchten Delegierten den Beschluss durchgesetzt, dass sich alle AATUF-Mitglieder von internationalen Gewerkschaftsorganisationen trennen sollten. Dieser Schritt war eindeutig gegen den nicht kommunistischen Internationalen Verband Freier Gewerkschaften gerichtet.

Gegen diese auf kommunistische Manöver zustandekommenen Beschlüsse opponieren nun afrikanische Gewerkschaftskreise, wobei sich eine Gegenbewegung vor allem in Tunesien, Kenya und Nigeria abzeichnet.

Die Abstimmung von Casablanca sei als unverbindlich zu betrachten, erklärte der Generalsekretär der tunesischen Arbeitervereinigung, Ahmed Tlili, weil die vom Organisationskomitee aufgestellte Delegiertenliste keineswegs die afrikanische Arbeitermasse vertreten habe. «Die Mehrheit der Delegierten kam aus Prag und anderswo (im Ostblock) und hatte überhaupt keine Verbindung zu den afrikanischen Arbeitern. Die tunesischen Gewerkschaften können sich durch einen solchen Minderheitsbeschluss nicht gebunden fühlen.»

Ein besonders aufschlussreiches Beispiel für das Vorgehen des Weltgewerkschaftsbundes war die Einberufung der Vertretung Nigerias. Sie stammte nicht vom Trade Unions Congress of Nigeria mit seinen 86 000 Mitgliedern, sondern vom verschwinnend kleinen dissidenten Nigerian Trade Union Congress, der linksextremen Splittergruppe der Landesgewerkschaften. Ähnliche Erklärungen wie aus Tunesien kamen aus Kenya und Nigeria. Tom Mboya (siehe Curriculum KB Nr. 10), dessen Kenya Federation of Labour mit dem Ausschluss aus der AATUF bedroht wurde, weil sie dem Casablanca-Entscheid opponierte, erklärte, er sehe keinen Grund, weshalb seine Organisation nicht dem Internationalen Verband Freier Gewerkschaften angehören sollte. Diese Aussage des unbestrittenen Nationalistenführers in Kenya, der sich unter anderem für die Rückkehr Kenyattas (Curriculum KB Nr. 9) ins politische Leben einsetzt, dürfte dem Kreml besonders peinlich sein. Denn als Antikolonialist genießt Mboya afrikanischen Kredit, den ihm auch der Osten zugestehen muss.

Hohen Tribut zollte dem Internationalen Verband Freier Gewerkschaften auch H. P. Adebola, Präsident des Trade Unions Congress of Nigeria.

Die Bewegung für eine neue echt afrikanische Gewerkschaftskonferenz ist als Ausdruck afrikanischen Unabhängigkeitswillens gegen die KP-Infiltration zu begrüßen. Immerhin bleibt festzustellen, dass sie als Reaktion auf einen taktischen Erfolg der kommunistischen Organisationen erfolgt und verlorenes Terrain zurückgewinnen muss. Vorausschauende Aktion zur rechten Zeit hätte das schwierigere Unterfangen einer etwas verspäteten Reaktion überflüssig gemacht. Das junge Afrika scheint beinahe die Reife des Westens erreicht zu haben — sofern das Begehen der gleichen Fehler als Kriterium zu werten ist.

Gebrauchsterminologie im Osten

Die Jugend und die antisowjetischen Elemente (II)

Lobotrjassy

(Nichtstuer, Tagediebe) sind die Kinder der verantwortlichen Parteifunktionäre, welche weder arbeiten noch lernen wollen und auf Kosten der Väter vegetieren.

Meschtschjane

(Klein- oder Spiessbürger) sind jene, die nicht verstehen können, weshalb die Parteifunktionäre Checkbücher, eigene Villen, Privatautos besitzen und sie selber nichts dergleichen haben. Der Anspruch auf eine Villa oder dergleichen heisst bei diesen «Unverständigen» «Meschtschjanstwo».

Nibo-Nitscho

(Einer der weder an Gott noch an den Teufel glaubt) (ni w Boga ni w tschorta). Grundsätzlich ist es die Jugend, welche nicht an Gott glaubt aber auch hartnäckig nicht an Marx glauben will.

Nigilisty

(Nihilisten) ist die Jugend, welche die «gründlichste, richtigste und die wahrste Lehrerin der Welt, den Marxismus-Leninismus, ablehnt.

Obywateli

(Philister, Einwohner) sind Leute, welche keine Opfer zum Aufbau des Kommunismus und zur Festigung der sozialistischen Errungenschaften bringen wollen.

Originalnyje Litschnosti

(originelle Persönlichkeiten) ist die Jugend, welche sich für die ausländische Literatur, die ausländische Lebensweise interessiert, viel liest, ihre eigene Meinung dort hat, wo sie eine bereits aufgestellte einnehmen sollte. Sie diskutiert über Fragen des Marxismus-Leninismus, genießt bei der übrigen Jugend die Autorität von belesenen und gescheiterten Leuten und beeinflusst dadurch die Jugend. Diese Jugend lernt meistens gut, kennt sich in der marxistischen Lehre gut aus und nimmt ihr gegenüber eine kritische Stellung ein.

Otkazschiki

(die Ablehner) sind jene Studenten, welche sich weigern, auf Befehl der staatlichen Verteilungskommission zur Arbeitsabkommandierung zu fahren.

Parasity i Darmojedi

(Die Parasiten und Schmarotzer) ist die Jugend, welche nach Abschluss der Schule auf Kosten der Eltern lebt. Diese Jugend will einen eigenen Weg wählen und folgt nicht dem Ruf der Partei zur Arbeit im Neulandgebiet.

Pischony

(Pigeon-Stutzer) ist die Jugend, welche sehr viel auf ihr Aeusseres gibt, weder arbeiten noch lernen will. Meistens handelt es sich um Kinder der Parteibonzen oder Kriminelle.

Stiljagi

Die Jugend, welche sich an den westlichen Kleidungsstil hält, die westliche Musik und Tänze, Bücher und die westliche Lebensweise gerne haben. Das sowjetische Pendant zu den «Halbstarken» bei uns.

Soziales

Bulgarien

Renten für KP-Angehörige

Die bulgarischen Kameradschaftsgerichte können unter Ausschluss der Öffentlichkeit tagen und sind nicht gezwungen, auf illegale Urteile zurückzukommen.

LPG-Bauern, die als «Kämpfer gegen den Kapitalismus» bekannt sind, können zehn Jahre früher ihre Rente beziehen als die übrigen Kolchosbezüger.

Das sind Bestimmungen welche das bulgarische Parlament einstimmig guthieß, nach einer Diskussion, die sich auf lebhafteste Zustimmung zu den von der KP ausgearbeiteten Vorschlägen beschränkte.

Die bulgarische Nationalversammlung trat am 20. und 21. Juni zu ihrer siebten ausserordentlichen Session zusammen, wobei nebst Richterwahlen und weiteren Traktanden nicht weniger als fünf Gesetzesvorlagen auf dem Programm standen. Sie wurden in dieser kurzen Zeit alle ohne Gegenstimmen angenommen.

In erster Linie wurde die Institution der Kameradschaftsgerichte, die entsprechend dem sowjetischen Vorbild im ganzen Ostblock zu einem wesentlichen Rechts- (oder Rechtlosigkeits-) Faktor werden, legal eingekleidet. Laut dem neuen Gesetz können die Kameradschaftsgerichte in Betrieben, Gesellschaftsorganisationen, Hochschulen, LPGs usw. auf Beschluss des betreffenden Kollektivs gewählt werden. Die Mitglieder der Kameradschaftsgerichte werden anlässlich von Versammlungen für eine Dauer von zwei Jahren gewählt, wobei die Versammlungen nicht nur von Gewerkschaftskomitees und LPG-Verwaltungsräten einberufen werden können, sondern auch von den lokalen Komitees der Vaterländischen Front, der KP-Massenorganisation in Bulgarien. Entsprechend der sowjetischen Regelung besteht die «Haupttätigkeit der Kameradschaftsgerichte darin, die Delikte gegen das Gesellschaftsleben und die Verletzung der gesellschaftlichen (also nicht rechtlichen) Ordnung» zu ahnden sowie «die Bürger zum gesellschaftlichen Leben zu führen.» Insbesondere fallen in den Kompetenzbereich «die Verletzung der Arbeitshygiene, Trunksucht, Nachlässigkeit in der Kindererziehung (das heisst das Fehlen der kommunistischen Eindoktrinierung, Verschwendung des Gesellschaftseigentums, Verleumdung, halbstarke Handlungsweise» (wird je nach Bedarf definiert) usw.

Die Straffkompetenzen scheinen allerdings gegenüber der Sowjetunion kleiner gehalten zu sein, umfassen sie doch keine Deportationen, sondern nur Geldbussen und verschiedene gesellschaftliche «Erziehungsmassnahmen» wie den Zwang zu einer öffentlichen Bitte um Entschuldigung und dergleichen. Da aber in der Sowjetunion die kleinen Kameradschaftsgerichte in den Betrieben ebenfalls keine grösseren Vollmachten haben, wohl aber die ebenfalls rein gesellschaftlichen Organe der «Volksversammlungen» ist eine gesondert zu definierende Praxis dieser Art auch für Bulgarien nicht unmöglich.

Im übrigen existiert auch in Bulgarien keine Berufungsmöglichkeit gegen die so ausgesprochenen Urteile. Ausdrücklich wird aber die Möglichkeit einer illegalen Praxis gutgeheissen, wenn es heisst, dass Gewerkschaftsorgane usw. den Kameradschaftsgerichten «den Vorschlag unterbrei-

ten können, auf ihr Urteil zurückzukommen, wenn dieses im Widerspruch zu Gesetz und Gesellschaftsordnung steht». Die Revision eines illegalen Verfahrens ist also dem Ermessen jener anheimgestellt, die ihn trafen.

Das Verfahren kann unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführt werden, wenn es um Delikte geht, «deren öffentliche Behandlung dem gesellschaftlichen oder staatlichen Interesse abträglich sein könnte». Dass dieser Vorbehalt direkt gegen die Idee einer gesellschaftlichen Gerichtsbarkeit verstösst ist ja sofort ersichtlich. Doch zeigt das Beispiel einmal mehr, dass die Kameradschaftsgerichte unter anderm Ersatz für die geheimen Sonderverfahren der politischen Polizei sein können. Rechtsschutz für den Angeklagten gibt es nicht: Advokaten sind ebensowenig zugelassen wie in den entsprechenden Organen der sowjetischen Gesellschaftsjustiz.

Höchst bemerkenswert ist auch das Gesetz über die Pensionsrenten an LPG-Bauern, welches das Parlament an seinem zweiten Sessionstag guthieß. Zunächst schon wegen der Armseligkeit der Grundrente von 100 Lewa monatlich, liegt doch der Lohn eines Facharbeiters bei 700 Lewa im Monat. Alle möglichen Zulagen mit eingerechnet (u. a. für ehemalige LPG-Vorsitzende) darf die Alters- und Pensionsrente 400 Lewa im Monat nicht übersteigen.

Die Mitglieder haben einen Rentenanspruch, wenn sie über 60 Jahre (Frauen 55 Jahre) alt sind und mindestens 25 Jahre den Landwirtschaft ausgeübt haben. Dann aber heisst es: «Mitglieder, welche als aktive Kämpfer gegen den Faschismus und Kapitalismus bekannt sind, haben Rentenanspruch beim erfüllten 50. Lebensjahr (Frauen beim 45.), und wenn sie eine 15-jährige Tätigkeit im Bauernstand nachweisen können. Aktivisten sind also beim Rentenbezug sehr stark bevorzugt, wobei wohl weniger die Tatsache selbst verwundert als die unverhüllte gesetzliche Formulierung (Die Ausdrücke «Faschist» und «Kapitalist» sind ja als Synonyme für Nichtkommunist durchsichtig).

BRIEFE

Anders im Sport

R. S. in Liebfeld zu «Unsere Meinung», KB Nr. 24. Ich stimme Ihnen völlig zu, dass die westliche Welt die Erfüllung gleicher Bedingungen als Grundlage jeder Beziehung zur kommunistischen Welt erzwingen muss oder sollte. Nicht ganz gleich verhält es sich meines Erachtens mit den so umstrittenen Sportkonkurrenzen, da man ja hier niemals von gleichen Bedingungen sprechen kann. Der staatlich beherrschte und dirigierte Sport in den Diktaturstaaten beruht ja auf völlig andern Grundlagen (Methode, Ziele, «Staatsamateurismus»), wenn auch der westliche Amateursport teilweise eine Fiktion ist. Zudem müsste gerade hier Gegenrecht bei der Bestimmung der Gastländer Bedingung sein. Es erscheint heute jedoch immer noch als ein ferner Wunschtraum, was KB fordert (dass sich der Westen in Ostkontakten ebenfalls politisch verhalte, sie ebenso zu seinen Gunsten einzusetzen suche, wie es der Kommunismus zu seinen Gunsten tut).

Sportbeziehungen haben, genauso wie Wirtschaftsbeziehungen oder Kulturbeziehungen ohne Zweifel ihre besonderen Aspekte, die es zu berücksichtigen gilt. (Der Schwei-

zerische Aufklärungsdienst hat sich mit diesem besonderen Problem kürzlich in einer Tagung befasst.) Der Hinweis darauf, dass wir von vornherein mit ungleichen Waffen kämpfen (über den gleichen Gedanken bei Wirtschaftskontakten siehe Brief und Memo, KB Nr. 11), ist nicht von der Hand zu weisen. Wir folgern daraus nicht, dass wir unsere Waffen strecken, sondern dass wir sie schärfen müssen — und sie richtig einsetzen. Verzicht — wo wir nur propagandistische Beute wären, zugreifen — wo wir selbst wirken können (wozu in Anbetracht der politischen Ebene, auf welche der Osten jeden Kontakt stellt, eine bloss sportliche Schulung nicht genügt).

Wenn diese Forderung bei uns wie ein ferner Wunschtraum scheint, so ist es um so dringlicher, dass sie aus diesem Stadium herauskommt. Dazu können wir im Unterschied zum diktatorisch gelenkten Staat nicht an den Parteibefehl erinnern, sondern müssen an das Verantwortungsbewusstsein appellieren. Das ist der Grundwert, den wir heute haben müssen, um unsere anderen Werte, Freiheit, Gerechtigkeit, Demokratie, zur Geltung bringen zu können. Unsere ideellen Werte ertragen es, sich mit der kommunistischen Ideologie zu messen. Es kommt darauf an, dass auch ihre Träger der Begegnung gewachsen sind.

Red. KB

Curriculum der Woche

RUDOLF BARAK

Der von Strougal abgelöste tschechoslowakische Innenminister (siehe im Nachrichtenteil unter CSSR), der allerdings seinen Posten im Politbüro (entspricht dem Präsidium des Zentralkomitees der KP in der Sowjetunion) und als stellvertretender Ministerpräsident beibehält. Das Schwerkgewicht der Umschichtung in der CSSR-Regierung liegt beim Landwirtschaftsministerium, wo Strougal von Krutina ersetzt wird.

Barak wurde während des Ersten Weltkrieges in Blanko bei Brno (Brünn) geboren. Anscheinend genoss er nur Elementarschulbildung. Der kommunistischen Partei trat er wahrscheinlich Ende des Zweiten Weltkrieges bei. 1945 amtierte er als Parteifunktionär in einer Maschinenfabrik von Blanko.

Seine politische Karriere begann mit dem kommunistischen Staatsstreich 1948. Von da an bis Ende 1950 war er Präsident des Nationalausschusses für den Bezirk Blanko, darauf bekleidete er das entsprechende Amt auf höherer Ebene für das Gebiet Brno bis März 1953. Im Dezember des gleichen Jahres wurde er zum kandidierenden Mitglied des Partei-Zentralkomitees gewählt.

Im März 1953, anlässlich der Regierungsumbildung nach dem Tode Gottwalds, wurde er als einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt und übernahm im September das Innenministerium (das in kommunistischen Staaten das Sicherheitsministerium mit der politischen Polizei bedeutet). Seit 1954 Mitglied des Zentralkomitees und des Politbüros. Er behielt seinen Posten als Innenminister, als er 1959 wiederum zum stellvertretenden Ministerpräsidenten ernannt wurde. Nach den Generalwahlen vom Juli 1960 wurde er in beiden Stellungen bestätigt.

Unser Memo

Die freien Kolchosmärkte in der Sowjetunion, welche erst diesen Frühling durch einschneidendste Massnahmen zum Absterben verurteilt wurden, sind heute als einzige in der Lage, die Gemüseversorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Sowjetische Veröffentlichungen dieser Tage erhellen die Tatsache, dass die von Chruschtschew angeordnete Abschaffung dieser Institution weder durchgeführt worden ist, noch vorläufig durchgeführt werden kann. Dies ist gleichzeitig ein Indiz dafür, dass die geplante Abdrosselung der Nebengewirtschaften (siehe Untersuchung KB Nr. 2) ebenfalls gebremst werden wird, einfach deshalb, weil die Lebensmittelversorgung auf die privat bebauten Hofstellen der Kolchos- (resp. Sowchos-) Bauern abstellen muss.

In Kirgisistan und Georgien sind laut der lokalen Presse sogar die Republikhauptstädte (Frunse und Tiflis/Tbilissi) von den Kolchosmärkten abhängig (die sonst ihre Bedeutung vor allem auf dem Lande haben), weil die offiziell zuständigen staatlichen Einkaufs- und Vertriebsorganisationen nicht im Entferntesten in der Lage sind, ihre Aufgaben zu erfüllen.

Der 1932 geschaffene Kolchosmarkt war die Umschlagstelle, wo die Ueberschussproduktion von Kolchossen (Sowchossen) und den Nebengewirtschaften der Mitglieder frei verkauft werden konnte. Im März dieses Jahres schaffte ein Dekret von Partei-Zentralkomitee und Ministerrat (siehe Untersuchung, KB Nr. 13) diesen Privatverkauf ab, und bestimmte Konsumgenossenschaften als obligatorische Einkäufer auch der Mehrerzeugung. Dies hätte das Ende der Kolchosmärkte bedeuten sollen (ihr Fortbestehen war lediglich — von den Konsumgenossenschaften übernommen — als reine Formalität geplant). Das Ergebnis aber ist, dass heute nicht nur der Ueberschuss, sondern der wesentliche Teil der Landwirtschaftsproduktion via Kolchosmarkt zur Bevölkerung gelangt.

Die «Sowjetskaja Kirgisija» vom 11. Juni, die in einem umfangreichen Artikel diesen Zustand anhand des Beispiels Frunse erstaunlich unverhüllt beschreibt (selbstverständlich um ihn zu bekämpfen), erwähnt mehrmals die «Schwerfälligkeit der staatlichen Handelsorganisationen», die nicht im Stande seien, den Ankauf zu organisieren. Ein Beispiel: Die umliegenden Sowchossen und Kolchossen haben laut Plan der Stadt täglich 100 bis 120 Tonnen Milch zu liefern. Frunse aber erhält davon nur 63,5 Tonnen, weil es mit dem Transport von den Zentralen nicht klappt. Aber selbst davon geht nur ein Drittel (also rund ein Sechstel der ursprünglichen Quantität) an die Geschäfte, weil die bürokratisierten Staatsorganisationen auch die Weiterbeförderung nicht organisieren können. Dem entspricht die Situation auf dem Gemüsemarkt. Die städtischen (staatlichen) Verkaufsstellen würden von der «Zentralstelle sehr schlecht versorgt» und hätten nichts anzubieten, während auf dem Kolchosmarkt sämtliche Waren zu haben seien (allerdings zu «Spekulantenpreisen»). Der zugegebene Grund: Die Landwirtschaftsbetriebe (Sowchossen und Kolchossen) halten sich nicht an die Lieferverträge mit

Staat oder Konsumgenossenschaften, und ziehen es vor, ihre Produkte ohne die umständlichen Umwege der Planwirtschaft direkt (und profitabel) zu verkaufen. Sie richten ihr Angebot nach der Nachfrage, während die Kunden der staatlichen Verkaufsstellen dem Angebot nachfragen können.

Dass diese Verhältnisse nicht nur für einzelne Republiken charakteristisch sind, sondern für das gesamte Unionsgebiet, dafür spricht die hier wiedergegebene Karikatur aus dem «Krokodil», die gegenwärtig im Begriff ist, ihren Rundgang durch die Sowjetpresse zu machen.



— Wo sind die Zwiebeln, die Kartoffeln, die Rüben?!

— Nur keine Aufregung, Sie sind doch nicht auf dem Markt (Kolchosmarkt), sondern im (staatlichen) Geschäft.

(«Krokodil»)

Unter diesen Umständen ist die Verwirklichung des erwähnten Dekretes «Ueber die Reorganisation und Verbesserung der staatlichen Ankäufe der landwirtschaftlichen Produkte» (d.h. praktisch über die Abschaffung der Kolchosmärkte) auf absehbare Zeit hinaus illusorisch.

Hier kann an die Rückschläge des in grossem Umfang eingeführten Geldentlohnungssystems auf den Kolchossen (siehe KB Nr. 14) erinnert werden. Viele LPGs kehrten nach der feierlich eingeführten Neuerung stillschweigend zum System der «Arbeitseinheiten» mit Produktionsprofit zurück, für das sich die Kolchosmitglieder bedeutend besser einsetzten.

Selbstverständlich besteht die parteipolitische Linie sogar wie in den andern Gebieten auch in der Landwirtschaft weiter, und selbstverständlich spielt sie in einem von der Parteidiktatur beherrschten Staat eine eminent wichtige Rolle. Dass sich zwischen Theorie und Praxis Diskrepanzen ergeben, ist keine auf den kommunistischen Machtbereich beschränkte Erscheinung. In diesem Fall aber zeigt sich, dass die Tendenz der Praxis genau gegenteilig zur Parteitendenz verläuft, die als unnatürlich klar erkennbar ist. Es gäbe zwei Wege: die Parteipolitik dem Hang der Bevölkerung anzupassen, oder umgekehrt. Chruschtschew hat sich für das letztere entschieden. Die verstärkten Druckmassnahmen auf strafrechtlichem, arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiet der letzten Zeit sind Ausdruck dafür. Die Partei des Klassenkampfes nimmt den Kampf gegen die Massen der Werktätigen auf.

Rückschläge bedeuten ferner die zahlreichen Meldungen über die profitlichen Nebengewirtschaften, während die kollektiv bearbeiteten Kolchostelle nichts abwarfen. Das galt insbesondere für die Viehzucht.

Der Schnappschuss

Das zentrale Konstruktionsbüro des Verbindungsministeriums der UdSSR hat eine neue Konstruktion der sprechenden Uhr für den Telephondienst in Moskau eingeführt. Zwei Vorteile des neuartigen Magnetophonbandes laut «Ekonomitscheskaja Gasjeta»: 1. Es dauert «fast ewig». 2. Es kann leicht ersetzt werden.

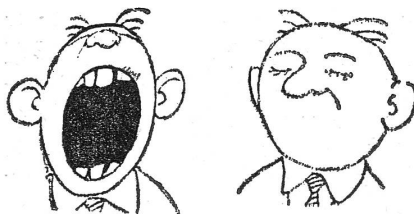
Schweizerische Froschschkel-Liebhaber als Förderer der bulgarischen Devisenwirtschaft. «Otetschestven Front» berichtete von diesem Exportartikel, der seit 1960 in unser Land ausgeführt wird, er bringe «viele Devisen» ein. Als weitere Abnehmer werden nur noch Italien und Frankreich aufgeführt. Die Tiere werden lebendig per Eisenbahn in Spezialholzkisten transportiert.

Die Geschichte von Aschenbrödel und die Märchen von Hans Christian Andersen gehören laut «Hsin Hua» zu den «ausländischen populären Werken» der in China veröffentlichten Kinderliteratur. Ob wohl die Prinzessinnen in Kommunenvorsteherinnen umgewandelt werden?

Zwischen 1955 und 1959 hat China insgesamt 8900 Kinderbücher in 300 Millionen Exemplaren veröffentlicht.

Broschüren der britischen Radiogesellschaft BBC wurden an der internationalen Messe von Posen beschlagnahmt. In der Begründung, die dem britischen Botschafter ausgehändigt wurde, beanstandeten die polnischen Behörden sechs Photographien von Polen, die als Mitwirkende einer BBC-Sendung beschrieben wurden. Es handelte sich um Englischunterricht für Polnisch-Sprachige. Die blosse Erwähnung von Polen, die in London leben, ist anscheinend bereits als politische Propaganda verstanden worden. Ueberdies zeigt das Beispiel, wie Gomulka gegen westliche Propaganda durch Kulturmedien vorzugehen gewillt ist. Dabei ist Polen derjenige Satellit, der dem Westen gegenüber noch am ehesten offen ist.

Wie der Gedenktag des Konfuzius (KB Nr. 23) wurde auch der Geburtstag Buddhas «in den Tempeln, Klöstern und andern religiösen Institutionen ganz Chinas» begangen. («Hsin Hua»)



Kritik – Selbstkritik

Dieses im Osten beliebte Karikaturthema hat in der neuesten Variation der bulgarischen Zeitung «Tschernomorski Front», Burgas, eine besonders einfache und prägnante Gestaltung erfahren. So dass der KB-Redaktor dem dankbaren Leser umfangreiche Erläuterungen ersparen kann,